



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 44. Ratssitzung vom 5. April 2023

1650. 2022/5

**Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 05.01.2022:**

**Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB), Erhöhung des Normkostensatzes**

Antrag der Parlamentarischen Initiative

Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich (VO KB AS 10.130) vom 12. Juli 2017 wird wie folgt geändert:

Art. 20 Abs. 2 [Änderung / neue Formulierung]

IST	NEU
2 Der Normkostensatz, der die Tageskosten für einen standardisierten Betreuungsplatz abdeckt, wird im Anhang 1 der Verordnung festgelegt, ebenso die prozentuale Anrechnung von Betreuungseinheiten im Verhältnis zum ganzen Tag sowie Zu- oder Abschläge aufgrund des Alters oder der erhöhten Betreuungsintensität eines Kindes.	2 Der Normkostensatz, der die Tageskosten für einen standardisierten Betreuungsplatz abdeckt, <b>beträgt Fr. 130, der Maximaltarif betrag Fr 120.</b> <del>wird im Anhang 1 der Verordnung festgelegt, ebenso</del> Die prozentuale Anrechnung von Betreuungseinheiten im Verhältnis zum ganzen Tag sowie Zu- oder Abschläge aufgrund des Alters oder der erhöhten Betreuungsintensität eines Kindes <b>werden vom Stadtrat festgelegt.</b>

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

**Marcel Tobler (SP):** *Ich freue mich, den Bericht zur ersten Parlamentarischen Initiative in diesem Rat vorstellen zu dürfen. Da es die erste dieser Art ist, hat die Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) die Chance wahrgenommen, einen Umgang mit dem Instrument zu entwickeln. Es kamen einige Fragen zum Vorgehen und Verhandlungsrahmen auf. Wir mussten uns einigen, inwiefern die Parlamentarische Initiative einen substantiellen Rahmen für die Diskussion und das Endresultat darstellt. Schlussendlich haben wir uns darauf geeinigt, nah an der Formulierung zu bleiben, die die Parlamentarische Initiative vorschlägt. Alles, was ausserhalb des Rahmens liegt, benötigt einen weiteren Vorstoss. Eine Sachkommission hat sechs Monate Zeit, zur Parlamentarischen Initiative einen Bericht zu entwerfen, der also von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und dem Sekretariat geschrieben wird. Diese Arbeit wird bei anderen Geschäften vom Stadtrat und der Verwaltung übernommen. Eine Parlamentarische Initiative ist aufwändig, seien Sie sich dessen bewusst. Trotz der Anstrengungen hat es die erste Initiative über alle bürokratischen Hürden geschafft. Ich stelle sie nun vor: Im Jahr 2018 wurden Kita-Subventionen in der Verordnung über die familienergänzende Kinderbe-*



betreuung (VO KB) neu organisiert. Damals haben wir einige Schwachpunkte in der Verordnung identifiziert und uns in der letzten Legislatur in der Kommission damit befasst. Der Stadtrat hat daraufhin den Normkostensatz ab dem Jahr 2022 von 120 Franken auf 121 Franken erhöht. Der Normkostensatz definiert den Betrag, den Kitas für belegte subventionierte Kitaplätze erhalten. Es hat sich aber gezeigt, dass die von der Stadt festgelegten Preise die Kosten der Kitas nicht decken. Weil die meisten Kitas nicht an allen fünf Wochentagen vollständig ausgelastet sind, bleibt ein Teil der Betriebskosten ungedeckt. Um auch die Qualität der Kinderbetreuung sichern zu können, forderte die AL einen Normkostensatz von 130 Franken pro subventionierten Platz. In der SK SD haben wir den Schweizerischen Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD), der die Kita-Angestellten vertritt, Vertretungen der Kita-Leitungen und den Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) angehört. Alle haben auf Personalmangel und fehlende Ressourcen hingewiesen und begrüssen die grundsätzliche Absicht der Initiative. Auch wurde bestätigt, dass die finanziellen Möglichkeiten von jungen Eltern grundsätzlich ausgeschöpft sind. Eine zusätzliche Finanzierung muss vom Staat kommen. Die SK SD hat sich Massnahmen überlegt, die bis ins Jahr 2025 greifen sollen. Ein Dialog zwischen Kita-Vertretungen und dem VPOD wurde ins Leben gerufen, um auszuhandeln, welche Mittel und Massnahmen erwünscht und effektiv sind. Die entsprechenden Mittel wurden vom Gemeinderat während der Budgetdebatte beantragt. Heute gilt der Normkostensatz von 131.20 Franken pro subventionierten Platz. Das zusätzliche Geld soll für höhere Löhne, Ausbildungen, und Sicherung der Qualität aufgewendet werden. Der erwähnte Dialog ist inzwischen ein etabliertes Mittel, in dessen Rahmen über Arbeitsbedingungen und einen Gesamtarbeitsvertrag gesprochen wird. Angesichts des heutigen Stands ist das Hauptanliegen der Parlamentarischen Initiative erfüllt und zwei hängige Postulate nehmen die anderen Forderungen der Parlamentarischen Initiative auf: Das Postulat GR Nr. 2022/616 fordert einen Bericht über die Wirkung der neu eingesetzten Mittel und das Postulat GR Nr. 2022/588 möchte dem Gemeinderat die Kompetenz übertragen, Minimal- und Maximaltarife für subventionierte Plätze festzulegen. Auf die Parlamentarische Initiative soll daher nicht eingetreten werden.

Weitere Wortmeldung:

**Patrik Maillard (AL):** Die Normkostensätze bei Kitas kommen nur bei einem Teil der subventionierten Plätze zum Einsatz und sind aus finanzpolitischen Gründen historisch eher tief angesetzt. Das hat zu einer Querfinanzierung von Volltarifzahlern zu subventionierten Plätzen, zu Personalmangel, tiefen Löhnen und überproportional vielen Praktikumsstellen geführt. Die AL weist seit Jahren auf diesen Missstand hin und stellte am 31. Mai 2017 den Antrag, die Genehmigung der damals vom Stadtrat festgesetzten Änderung der VO KB zurückzuweisen. Die SP hat den Antrag abgelehnt. Die Kommission hat den Stadtrat aber beauftragt, dem Gemeinderat nach Ablauf von zwei Betriebsjahren einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Verlangt wurden Ausführungen zur Veränderung der Anzahl subventionierter und nicht-subventionierter Plätze, zu den Auswirkungen des Normkostenbeitrags von 120 Franken und der Normöffnungstage und -zeiten, zur Durchmischung von Kindern in den Kitas, zur Betreuungsqualität, zum Betreuungsschlüssel von qualifiziertem und unqualifiziertem Personal, zur Anzahl Lernenden sowie Praktikantinnen und zu den Löhnen der Kitas. Der Bericht wurde im Oktober 2021



3 / 3

*veröffentlicht. Obwohl der Bericht aufzeigte, dass der Normkostensatz bei einer realistischen Belegung der Plätze von 120 Franken auf 130 Franken erhöht werden müsste, hat das Sozialdepartement dem Stadtrat den Antrag gestellt, den Normkostensatz nur auf 121.20 Franken zu erhöhen. Das hat die AL veranlasst, die erste Parlamentarische Initiative im Gemeinderat einzureichen. Parallel zur Beratung der Initiative hat das Sozialdepartement den angestossenen Kita-Dialog intensiviert. Mit dem Vorschlag der Stadt, den Normkostensatz auf 131 Franken zu erhöhen, wenn im Gegenzug die im Kita-Dialog vertretenen Trägerschaften per 1. Januar 2023 den Teuerungsausgleich bezahlen und sich zu Gesprächen über einen Gesamtarbeitsvertrag verpflichten, wurden die Ziele der Initiative als erreicht. Darum beantragt die AL, nicht auf die Initiative einzutreten.*

Die SK SD beantragt dem Gemeinderat:

Auf die Parlamentarische Initiative GR Nr. 2022/5 der AL-Fraktion vom 5. Januar 2022 wird nicht eingetreten.

Zustimmung: Walter Angst (AL), Referent; Präsident Marcel Tobler (SP), Përparim Avdili (FDP) i. V. von Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Patrik Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ruedi Schneider (SP), Ronny Siev (GLP), Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Auf die Parlamentarische Initiative GR Nr. 2022/5 der AL-Fraktion vom 5. Januar 2022 wird nicht eingetreten.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat